



Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg

Vernetzung stärken – Qualität sichern

Die Existenz der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. ist gefährdet und damit konkret die Vernetzung der Ausstiegs- und Distanzierungshilfen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Der Grund dafür ist ein kompliziertes und letztlich für die BAG Ausstieg nicht tragbares Finanzierungsmodell, welches das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vorsieht.

Die Situation betrifft nicht nur die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ (BAG Ausstieg), sondern auch den Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und den Verband der Betroffenenberatungsstellen für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Das neue Finanzierungsmodell sieht die Förderung der Bundesverbände nicht mehr vor. Damit würden in den letzten Jahren aufgebaute Strukturen zerstört, der fachliche Austausch behindert und, im Falle der BAG Ausstieg, erfolgreiche länderübergreifende Ausstiegsprozesse verunmöglicht.

Etablierte Strukturen müssen verstetigt und Vernetzung und fachlicher Austausch gesichert sein, sodass die Beratungsangebote in den Ländern weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit leisten können. Wir fordern die politischen Verantwortungsträger*innen auf, eine Lösung zu finden, die die auch von unabhängigen Wissenschaftler*innen positiv bewertete Arbeit der Bundesverbände sichert!

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG Ausstieg) ist der Dachverband zivilgesellschaftlicher Ausstiegs- und Distanzierungshilfen aus der extremen Rechten und besteht als Netzwerk seit 2009 und seit 2017 als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Derzeit besteht die BAG Ausstieg aus acht Trägern. Diese bieten in insgesamt neun Bundesländern Ausstiegs- und Distanzierungsangebote an, bei denen Ausstiegswillige beim Ausstieg aus und der Distanzierung von extrem rechten Szenen unterstützt und begleitet werden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. auf einen Blick:

Ausstiegswillige brauchen professionelle Beratung

Deshalb gewährleistet die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. den bundesweiten Fachaustausch und die Etablierung und Weiterentwicklung von gemeinsamen Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit. Diese beinhalten auch eine Definition des gelungenen Ausstiegs.

Bundesweite Vernetzung der Szene – bundesweite Vernetzung der Ausstiegsarbeit

Die extreme Rechte und der Rechtsextremismus sind ein gesamtgesellschaftliches, überregionales Phänomen. Um auf aktuelle Entwicklungen, spezifische Aspekte und die bundesweite Vernetzung der Szene zu reagieren, braucht es die bundesweite Vernetzung der regional verankerten Ausstiegs- und Distanzierungshilfen.

Länderübergreifende Ausstiegsprozesse ermöglichen

Insbesondere bei konkrete Gefährdungslagen wird manchmal ein Wohnungswechsel in ein anderes Bundesland notwendig. Eine verlässliche, jahrelang gewachsene Vertrauensbasis zwischen den Beratenden, wie sie innerhalb der BAG Ausstieg besteht, ist dabei essentiell.

Arbeit vor Ort unterstützen

Die BAG Ausstieg unterstützt die Arbeit der Ausstiegs- und Distanzierungshilfen durch Qualifizierungsmaßnahmen und die Möglichkeit von kollegialen Fallberatungen konkret vor Ort.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die BAG Ausstieg bietet ab nächstem Jahr 2020 eine Fort- und Weiterbildung an, um mit Fachkräften aus verschiedenen Professionen ihre Erfahrungen aus der Ausstiegs- und Distanzierungshilfe zu teilen. Den Fachkräften werden dabei Fähigkeiten zum Umgang mit rechtsaffinen und rechtsextremen Personen nach dem Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe vermittelt.

All das ist notwendig und durch die Pläne zur Förderung des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben“ konkret gefährdet. Durch ein kompliziertes Umlagesystem entstünden u.a. ein massiver bürokratischer Mehraufwand und unkalkulierbare Risiken zur Finanzierungssicherheit für die Bundesverbände. Den Mehraufwand könnten die BVs nicht leisten und das Risiko gegenüber ihren Mitarbeiter*innen nicht verantworten.

Trotz zahlreicher Gespräche mit den Verantwortlichen sind bisher keine tragfähigen Lösungen dieses – für die Bundesverbände existenziellen - Problems vorgeschlagen worden. Wir fordern deshalb das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nochmals auf, die Planung neu zu denken, Alternativen zu entwickeln und ein angemessenes Finanzierungsmodell zu entwerfen.

Jena, den 05. Juni 2019